

Prof. Dr. Alexander Windoffer: Rederecht in der SVV Potsdam am 21.01.2026

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Stadtverordnete, meine Damen und Herren,
vielen Dank für das Rederecht. Ich spreche bekanntlich aus Sicht der Potsdamer Projektgegner,
die mittlerweile auch institutionalisiert sind, nämlich im Aktionsbündnis „Wir sind die Stadt!“. Das
Motto „Wir sind die Stadt!“ dieser Koalition der um Potsdams Wohl Besorgten ist einladend und
integrativ, bringt jedoch zugleich zum Ausdruck, wer NICHT die Stadt ist: Nämlich in den USA
residierende Tech-Milliardäre und SAP-Großaktionäre,

- die, weil sie in Berlin nicht reüssieren können, Potsdam als das geeignetste Beutetier ausgemacht haben, um sich dort in Ostkolonatoren-Manier kontinuierlich auszubreiten – denn ihre selbsterklärte „Potsdam-Liebe“ gilt primär dessen Immobilienmarkt –,
- die sich mit einem sauren Geldregen eine dysfunktionale Exekutive in einer Weise gefügig gemacht haben, wie man es sonst nur von Entwicklungsländern kennt, wobei sie diejenigen Haushaltsschäfle gen ausnutzen, zu denen sie dank Steuersparmodellen selbst beigetragen haben, um der öffentlichen Hand ihre Vorstellungen von „Gemeinwohl“ zu diktieren und sich hierfür dreisterweise als großzügige Mäzene feiern zu lassen,
- die sich als Krönung ihres „Lebenswerks“ – welch Hohn! – den gesamten Campus Griebnitzsee als ihr digitales Mikro-Grönland einzuverleiben und die dort ansässigen Fakultäten zu verjagen trachten, um im Dienste des eigenen Vermögenszuwachses mehr Platz für ihre SAP-Ideen- und Kaderschmiede zu schaffen,
- wobei sich hier für Potsdam ein weiterer ökonomischer Flop ankündigt, da weder der seit mittlerweile 28 Jahren am HPI gezüchtete Tech-Bro-Nachwuchs noch Externe nennenswerte Anstalten machen, in einer für Gewerbeansiedlungen wenig attraktiven Stadt dem als „KI-Souveränität“ verbrämten Protektionismus auf digitalem Kreisliga-Niveau zu frönen, sondern es künftig mehr denn je vorziehen werden, sich den internationalen Top-Playern anzuschließen, die den technologischen Maßstab setzen und deren Wertschöpfung andernorts stattfindet,
- ferner die vergifteten Investorengeschenke einschließlich des Campus Brauhausberg als Abraumhalde für die vertriebenen Fakultäten dem Land zuteilwerden, während die Stadt nur deren wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und infrastrukturellen Scherbenhaufen administrieren und beseitigen darf.

Kurzum: Dergleichen Subjekte gehören nicht zu Potsdam und mögen sich für ihr Unheilswerk gerne ein anderes Opfer suchen, vorzugsweise in ihrer Wahlheimat USA, wo Plutokraten wohlgekommen sind.

Ein kleiner Hoffnungsschimmer in diesem Trauerspiel ist freilich die offenbar wachsende Einsicht, dieses rechtswidrige und schadenstiftende Projekt wenn schon nicht einstampfen, so doch wenigstens nicht aus irrationalen Erwägungen wie dem Ablauf von Lebens- und Amtszeiten übers Knie brechen zu wollen. Ein Handeln nach dieser Einsicht wäre der Erhöhung der Lebenserwartung durchaus dienlich, zwar nicht Ihres betagten Geldfürsten, sehr wohl aber der künftigen Zwangsinsassen der Festung Brauhausberg. Denn das Vorhaben sieht sich ungewohnten topographischen und geologischen Herausforderungen ausgesetzt, die einen hastigen Pfusch am

Bau mit der Folge von Einbrüchen und Einstürzen verbieten, nur um schnell Kasse zu machen oder sich den Lorbeerkrantz aufsetzen zu lassen.

Daher müssen die Alarmglocken schrillen, wenn der Projektentwickler im rbb ankündigt, bereits in diesem Jahr den Altbau sanieren zu wollen – besitzt er hierfür eigentlich eine Baugenehmigung? –, während mit dem Neubau zu seinem Bedauern „erst“ 2027 begonnen werden könnte und er es vorzöge, nach dem Vorbild von Tesla – Sie hören richtig! – „mal die Abkürzung zu nehmen“. Angesichts dessen mag man den heutigen Jura- und BWL-Studierenden nur raten, schnellstmöglich zum Abschluss zu kommen, und an künftige Generationen appellieren, um Potsdam und den Brauhausberg einen weiten Bogen zu machen! Zumindest erübrigte sich so die ebenfalls offene Frage der Entwicklungsfähigkeit dieses Bonsai-Campus, die ohne zerstörerischen Übergriff auch auf den Telegrafenberg schwer denkbar wäre.

Die Ankündigung des Entwicklers lässt aber auch insofern aufhorchen, als er neben der Sanierung des Altbau, dessen endgültige Gestalt doch eigentlich noch offen sein sollte, in 2026 auch bereits die komplette Erschließung der Neubauten vorbereiten will, die offenbar nach Maß und Lage ebenfalls schon passgenau verortet sind, die zugehörige Vernichtung von Fauna, Flora und Habitaten selbstredend eingeschlossen. Ist demnach das gesamte Verfahren einschließlich des Beteiligungsversprechens an die Bevölkerung eine Farce? Nicht einmal ein Planungswettbewerb ist vorgesehen. Selten waren die Dominanz von Profit und Prestige eines einzelnen und die Ignoranz gegenüber den Interessen der Bevölkerung an der Mitgestaltung ihrer Stadt offenkundiger. Dies können wir nicht akzeptieren. Denn: Wir sind die Stadt!, und: Der Campus muss weg – vom Planungstisch! Vielen Dank!